

Club Commission Berlin e.V., Rosa-Luxemburg-Str.26, 10178 Berlin

An
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Neues Stadthaus
Parochialstr. 3
10179 Berlin

Eingang: 05.05.
14.

Club-Situation in Berlin - Mitte
hier: Wahlprüfsteine

Berlin, 3.9.2006

Sehr geehrte, Frau Sibyll Klotz.

Berlin bezeichnet sich nicht zu Unrecht als Musikhauptstadt Deutschlands. Diesen Status hat sich die Stadt hart erarbeitet und die unterschiedlichsten Einrichtungen, Institutionen und Menschen haben daran Anteil. Seit Anfang der 90er Jahre prägt die Berliner Club- und Veranstalterszene das musikalische Berlin, nachhaltiger vielleicht als jeder andere Faktor. Neuer Sound kommt nicht aus heiterem Himmel. Clubs bilden den Nährboden der Musikwirtschaft. Labels, Verlage, Künstler, Musikwirtschaftsunternehmen, aber auch Hauptstadtmarketing und Berlintourismus bauen darauf auf. Viele der Stars von heute hatten ihren ersten öffentlichen Auftritt in einem kleinen Berlin Club. Ohne diesen frühen direkten Kontakt mit einem anspruchsvollen, kritischen Publikum im kleinen Rahmen ist eine nachhaltige musikalische Karriere nicht vorstellbar. Häufig sind die Clubs der soziale Background der Künstler, stets aber soziokulturelle Laboratorien, in denen neuer Sound getestet und weiterentwickelt wird, bevor er reif für die große Bühne ist.

Clubs sind mittlerweile eine Branche, ein Wirtschaftsfaktor, eine soziale Instanz, ein Kulturgut, einer der wenigen substanziellen Standortvorteile Berlins, die der Stadt tatsächlich internationales Renommee, Touristen und Industrieansiedelungen einbringen. Und dies wohlgerne ganz ohne Subventionen!

In der Berliner Stadtentwicklungspolitik – insbesondere im Bezirk Mitte - ist offenbar in manchen Gegenden kein Platz mehr für die Clubs vorgesehen. Geradezu als ein „Totschlagsargument“ werden dabei die planungsrechtlichen Begriffe „allgemeines Wohngebiet“ und „Vergnügungsstätte“ benutzt. Pulsierenden Innenstadtbereiche werden planungsrechtlich als Allgemeine Wohngebiete eingestuft. Für die Ämter sind somit Clubs Vergnügungsstätten und als solche in Allgemeinen Wohngebieten verboten. Selbst Gastronomie mit überregionaler Bedeutung ist hier unzulässig. Verbleiben würden in Gebieten wie der Rosa Luxemburg Strasse, der Brunnenstrasse oder auch der Torstrasse lediglich Schank- und Speisewirtschaften für die ortsnahe Versorgung.

Die Bauverwaltung von Berlin-Mitte darf Club-Kultur aber nicht als Gefahr betrachten, sondern als imageträchtigen Faktor. Mit einer gegenwärtig verbreiteten planungsrechtlichen Sichtweise würde einer der wichtigsten Standortfaktoren der deutschen Hauptstadt zerstört!

Um unseren Mitgliedern und vor allem den Clubbesuchern eine Hilfestellung bei der anstehenden Wahl zum Abgeordnetenhaus und der Bezirksverordnetenversammlung zu geben bitten wir Sie, uns bis zum **13.09.2006** die nachfolgenden Fragen zu beantworten. Wir werden diese Anfrage und Ihre Antwort ab dem 14.09.2006 auf unserer Homepage www.clubcommsission.de veröffentlichen und eine entsprechende Pressemitteilung herausgeben.

1. Welchen Stellenwert nimmt die Clubkultur in Ihrer politischen Arbeit ein?
2. Welche stadtentwicklungspolitischen Schwerpunkte wollen Sie in der nächsten Legislaturperiode im Bezirk Berlin – Mitte setzen? In welchen Bereichen ist nach Ihrer Auffassung bereits heute von einem Allgemeinen Wohngebiet auszugehen und welche Bereiche sollen zukünftig als solche eingestuft werden?
3. Wie wollen Sie planungsrechtlich sicherstellen, dass im Zentrum des Bezirks Mitte eine vielfältige, pulsierende Clublandschaft existieren kann? Bei welchen Betriebskonzepten gehen Sie noch von einer Schankwirtschaft im bauplanungsrechtlichen Sinne? Wie definieren Sie im Unterschied dazu stadtentwicklungspolitisch eine Vergnügungsstätte?
4. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Konzessionierung von Clubs in Berlin Mitte zu erleichtern? Welche Rolle soll dabei die bezirkseigene One-Stop-Agency spielen? Welche Maßnahmen wollen Sie unternehmen, um die Attraktivität dieses Angebotes zu erhöhen?
5. Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen um zukünftig sicherzustellen, dass die zuständigen Sachbearbeiter des Bezirksamtes Mitte den vorhandenen Beurteilungsspielraum ausnutzen, um die Ansiedlung und die Existenz von Clubs im Bezirk zu fördern und zu gewährleisten?

Wir danken Ihnen bereits jetzt für Ihre Kooperationsbereitschaft.



Michael Schmidt